



SWISS EMBASSY  
SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT  
AMBASSADE DE SUISSE  
AMBASCIATA DI SVIZZERA

LONDON, W1H 2BQ, 13. Mai 1974  
16-18, Montagu Place,  
Tel.: 723-0701/6  
Telex 28212

Ref.: 532.4 - vT/zb

An den  
Finanz- und Wirtschaftsdienst  
des Eidgenössischen Politischen  
Departements

3003 B e r n

Währungspolitischer  
Tour d'horizon

IN	TE		
205	π		126
205	π		π
EPD	200174		-0
Ref. S.C. 4. 103. 2. (10)			

Herr Sektionschef,

Mein Mitarbeiter konnte sich heute mit dem zuständigen Under-Secretary des britischen Schatzamtes (X.), der letzte Woche an der Sitzung des auf Stellvertreterebene tagenden 20er-Ausschusses des IWF in Paris teilgenommen hat, über einige aktuelle Fragen der währungspolitischen Szene unterhalten.

Das Gespräch drehte sich um drei Themenkreise:

- die "Aufwertung" des Notenbank-Goldes,
- den Witteveen-Plan,
- die bevorstehende Sitzung des 20er-Ausschusses (Washington, 12./13. Juni).

### 1. Die Goldfrage

Auch nach dem Treffen der EG-Finanzminister in Zeist bestehen unter den europäischen Staaten noch tiefe Meinungsverschiedenheiten über die künftige Rolle des Goldes. Frankreich und namentlich Italien spielen nach wie vor mit der Idee, ihre Goldreserven auf einfache Weise aufzuwerten und damit ihre internationale Kreditwürdigkeit entscheidend zu verbessern. Es scheinen Meinungsverschiedenheiten darüber zu bestehen, wieviel Notenbankgold der freie Markt aufzunehmen vermöchte, ohne dass der Preis zusammenbricht. Nach britischer Auffassung könnte



sich der Markt als aufnahmefähiger erweisen, als oft befürchtet wird, was aber nicht bedeutet, dass man im Schatzamt die italienischen Ideen für realisierbar hält. Traditionellerweise gesellt sich Grossbritannien zu jenen (Deutschland, USA), die einen allmählichen Rückzug des Goldes aus dem internationalen Währungssystem befürworten. Dagegen, dass der offizielle Goldpreis verschwindet, hat man hier nichts einzuwenden.

Grossbritannien ist jedoch nunmehr bereit, den Italienern etwas entgegenzukommen, falls dies dazu führen kann, dass der Streit ein für allemal beigelegt wird. Grossbritannien hält eine offizielle Aufwertung der Goldreserven und eine Verpflichtung, zum Marktpreis zu kaufen, als unerwünscht. Hingegen sollte man es den Notenbanken freistellen, gewissermassen als "consenting adults" untereinander Gold zu einem Preis zu handeln, der dem Marktpreis nahekommt. Bedeutende Transaktionen seien ohnehin unwahrscheinlich.

X. glaubt, die USA könnten sich dieser Auffassung anschliessen, falls sie im 20er-Ausschuss den von ihnen gesuchten Erfolg erzielen (s. unten, Ziffer 3). Ihre Opposition gegen die Zulassung von Goldkäufen durch Notenbanken auf dem Markt sei dagegen so eindeutig wie eh und je.

## 2. Der Witteveen-Plan

*juke*  
X. ist des Lobes voll über die Art und Weise, wie der neue IWF-Generaldirektor begonnen hat, seinen Plan zur Mobilisierung des bei den Erdölproduzenten anfallenden Geldes zur Ueberbrückung der Zahlungsbilanzschwierigkeiten der Konsumentenländer in die Wirklichkeit umzusetzen.

Seine Reise durch den Mittleren Osten habe ihm Zusagen für etwas über 3 Mrd. \$ eingebracht. Dieser Betrag würde für 1974 bereitgestellt. Für 1975 sollen weitere Mittel zugesagt worden sein. X kennt die genauen Bedingungen nicht. Er hofft, dass die Laufzeit der Kredite mehrere Jahre (5? 7?) betragen wird. Der Zins soll 7% betragen, was unter heutigen Verhältnissen bescheiden sei. Die Kredite würden über den IWF abgewickelt und lauteten auf Sonderziehungsrechte (SZR) nach der neuen Definition.

Wenn man davon ausgehe, dass diese Kredite in erster Linie für Entwicklungsländer bestimmt sind, so seien 3 Mrd. \$ ein ansehnlicher Betrag. 7% sei für Länder wie Brasilien oder Mexiko annehmbar. Für Länder wie Indien werden Sonderbedingungen zur Anwendung gelangen müssen.

### 3. Die Arbeiten des 20er-Ausschusses

X. bezeichnet die Sitzung des Stellvertreter-Ausschusses, die soeben in Paris zu Ende gegangen ist, als "schrecklich". Man habe unendlich viel Zeit damit vergeudet, am Text des Plans für die Währungsreform herumzuredigieren, obwohl jedermann genau weiss, dass angesichts der grundlegenden Meinungsverschiedenheiten ein grosser Teil dieses Textes in die Schublade wandern wird. Der Vorsitzende, C.J. Morse, habe sogar die absurde Idee vertreten, den Text den Ministern in Washington zur Unterschrift vorzulegen. X. meint, die Minister sollten dieses "Denkmal für Jeremy Morse" bloss zur Kenntnis nehmen und sich dann unverzüglich praktischeren und aktuelleren Dingen zuwenden. Gerade diese konkreten Traktanden seien dagegen zuwenig gründlich vorbereitet, so dass die Debatten in Washington eher zähflüssig ("muddy") zu werden versprechen.

Zu den Traktanden der Ministertagung, die zu eigentlichen Beschlüssen führen könnten, äusserte sich X. wie folgt:

a) Die neue institutionelle Struktur des IWF (20er-Rat) sollte formell beschlossen werden können. Die noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten über die Kompetenzabgrenzung zwischen dem Ministerrat (Council) und dem Gouverneursrat (Board) seien auf persönliche Ressentiments einiger Gouverneure, die nicht zugleich Minister sind, zurückzuführen. Nach britischer Auffassung kann kein Zweifel bestehen, dass der neue 20er-Rat das zentrale politische Organ des IWF werden muss und wird. Als eher unwahrscheinlich, jedoch nicht unmöglich, bezeichnete es X., dass der 20er-Rat sich bereits im Juni in Washington konstituieren wird.

b) In der Frage der Bewertung der Sonderziehungsrechte konnte in Paris keine Einigung erzielt werden. Nach britischer Auffassung ist es von geringer Bedeutung, ob der "Korb" 5, 7, 9, 14 oder 16 Währungen enthält. Der Einschluss des Schweizer Frankens wäre nach britischer Auffassung erwünscht, könnte jedoch an juristischen Schwierigkeiten (Nicht-Mitgliedschaft) scheitern. Da der Witteveen-Plan sich der neuen SZR bedient, besteht ein materieller Anreiz, in dieser Frage endlich zu einem Beschluss zu gelangen. In der Frage des Ertrags dürfte ein Kompromiss (ca. 5% für laufende Ziehungen) möglich sein.

Das Haupthindernis sieht X. in der Zuständigkeit des amerikanischen Kongresses zur Festsetzung der Dollar-Gold-Parität. Die amerikanischen Beamten hätten zu verstehen gegeben, dass die Zustimmung des Kongresses zur neuen Definition nur dann erzielt werden kann, wenn aus dem Washingtoner Treffen ein Paket von Neuerungen hervorgeht, in dem einige für Amerika attraktive Dinge enthalten sind. Derartige Rosinen könnten sein:

- die "Legalisierung" der Wechselkursfreigabe, d.h. die formelle Aufhebung der IWF-Regel über feste Wechselkurse (der Widerstand Frankreichs scheint noch nicht völlig überwunden);
- eine Verpflichtung zum Verzicht auf Handels- und Zahlungsrestriktionen. Eine Stillhalteverpflichtung, wie sie in der OECD vorbereitet wird, würde diesem Wunsch nur teilweise entsprechen. Was die USA anstreben, ist eine kurzfristige Verpflichtung (Absichtserklärung), IWF-Empfehlungen zu befolgen, sowie eine Aenderung der IWF-Regeln (Artikel 8). Danach sollten Restriktionen nur zulässig sein, wenn der IWF sie bewilligt hat, und dieser darf sie nur bewilligen, falls die Zahlungsbilanzlage keinen anderen Ausweg zulässt und kein Widerspruch zu GATT-Regeln oder -Beschlüssen vorliegt.

c) Unerlässlich scheint X. ein Beschluss, der den Entwicklungsländern einige neue Vorteile bringt, da diese jede Aenderung von IWF-Regeln (Art. 4, Art. 8 etc.) blockieren können. Von der Idee eines neuen Gremiums, in dem IWF, Weltbank und UNCTAD gemein-

- 5 -

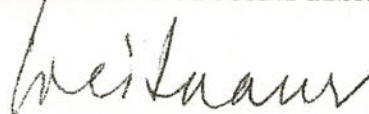
sam die Probleme der Entwicklungsländer diskutieren würden, hält X. nichts. Auch der "Link" (SZR - Entwicklungshilfe) in seiner ursprünglichen Form sei nicht mehr aktuell. Dagegen sollte es möglich sein, den Entwicklungsländern für ihre Ziehungen im IWF Sonderbedingungen (7 Jahre, wovon die beiden ersten zinsfrei) einzuräumen. Auf diese Weise könnten jährlich zusätzliche 2,5 - 3 Mrd. \$ bereitgestellt werden (sog. "extended Fund facilities").

X. prüft zur Zeit noch eine weitere Idee: Der IWF verfügt gegenwärtig über 6,5 Mrd. \$ in Gold. Zum Marktpreis wären dies rund 25 Mrd. \$. Man könnte dem IWF gestatten, dieses Gold allmählich auf dem Markt zu verkaufen, und beschliessen, dass ein Teil des Ertrags in geeigneter Form (z.B. periodische SZR-Emissionen) den Entwicklungsländern zugute kommt (als Ersatz für den "Link"). Nach britischer Auffassung besteht heute keine Gefahr einer zu hohen Liquidität.

Zum Schluss wiederholt X. sein "ceterum censeo", dass die Abwesenheit der Schweiz in diesen internationalen Währungsdiskussionen bedauerlich sei.

Ich versichere Sie, Herr Sektionschef, meiner vorzüglichen Hochachtung.

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER:

  
(Weitnauer)

Kopien an:

- Eidgenössische Finanzverwaltung, Bern
- Handelsabteilung des EVD, Bern
- Schweizerische Nationalbank, Zürich
- Schweizerische Mission bei den Europäischen Gemeinschaften, Brüssel
- Schweizerische Botschaft, Washington
- Schweizerisches Generalkonsulat, Manchester